Andreas Biefang

Integration und Repräsentation

Zur Stellung des Reichstags in der politischen Kultur der konstitutionellen Monarchie 1871–1888

Die politische Geschichte des Kaiserreichs läßt sich aus verschiedenen Perspektiven erforschen. Zu den oft gestellten Fragen gehört zweifellos die nach der Entwicklungsfähigkeit seines konstitutionellen Systems¹. Die Ursachen für die ausgebliebene Parlamentarisierung der Monarchie werden nicht nur in den institutionellen und sozialen Rahmenbedingungen gesucht, sondern zunehmend auch in der „politischen Kultur“, jenem System von Wirklichkeitswahrnehmungen und -deutungen also, das das Handeln der Zeitgenossen strukturierte. Die Forschung hat sich dem Thema vorzugsweise auf dem Gebiet der „Wahlkultur“ sowie – damit eng verbunden – dem der Entstehung und Verfestigung politisch-sozialer „Milieus“ gewidmet².

Daneben lassen sich mindestens zwei Bereiche unterscheiden, die bislang nur selten in den Fokus kulturhistorischer Fragestellungen geraten sind. Der erste Aspekt richtet sich auf die Außenbeziehungen des Reichstags. Es geht darum, welche Stellung das Parlament im Beziehungsgeflecht von Institutionen wie Monarchie, Heer und Bürokratie besessen hat, aber auch darum, wie die nationale

¹ Eine pointierte Begründung für die ausgebliebene Parlamentarisierung hat zuletzt Christoph Schönberger in einem thesenstarken, aber sehr abstrakt argumentierenden Aufsatz zu geben versucht. Vgl. *Christoph Schönberger*, Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich, in: HZ 272 (2001) 623–666. Als ein eigenständiges, vergleichsweise „modernes“ Gebilde hat Martin Kirsch den „monarchischen Konstitutionalismus“ des Kaiserreichs kürzlich in einer vergleichenden Betrachtung europäischer Verfassungstexte (weniger der -praxis) beschrieben. Vgl. *Martin Kirsch*, Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich (Göttingen 1999).

² Die Literatur ist verzeichnet bei *Thomas Kühne*, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung, in: NPL 43 (1998) 206–263; hinzugekommen sind vor allem *Margaret L. Anderson*, Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany (Princeton 2000), sowie *Robert Arsenschek*, Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität bei den Reichstagswahlen 1871–1914 (Düsseldorf 2003).

Volksvertretung durch die politische Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Der zweite Aspekt betrifft die parlamentarischen Binnenbeziehungen, die „Parlamentskultur“ im engeren Sinne. Dazu zählen das Selbstverständnis der Parlamentarier, ihr Arbeitsalltag, die Rituale der parlamentarischen Kommunikation sowie die Rolle der Abgeordneten im gesellschaftlichen Leben der Reichshauptstadt.

Zu beiden Themenbereichen liegen vereinzelte monographische Arbeiten vor, etwa zur Parlamentsarchitektur, zur Diätenfrage oder zu den rhetorischen Strategien wichtiger Redner³. Probleme wie die Behandlung parlamentarischer Minderheiten oder der Gebrauch des parlamentarischen Ordnungsrechts sind wenigstens in Aufsätzen behandelt⁴. Auch lassen sich den einschlägigen Spezialstudien, Parteiengeschichten und Biographien viele wertvolle Informationen entnehmen. Insgesamt ist der Forschungsstand jedoch ungenügend. Vor allem mangelt es an einer systematisierenden Studie, die die verstreuten Einzelbefunde zu einem schlüssigen Gesamtbild zusammenfügt⁵. Einzig Gerhard A. Ritter hat in einem kürzlich erschienenen Aufsatz den Versuch einer Gesamtschau unternommen, die sich auf den Zeitraum von 1871 bis 1914 bezieht. Dabei teilt er die von Wolfgang Hardtwig vertretene Auffassung, wonach es weder den Parteien noch dem Reichstag gelungen sei, sich „einen Platz in der Staatssymbolik zu sichern“. Der Reichstag, so heißt es, sei nie zum Zentrum einer das ganze Volk oder auch nur das Bürgertum repräsentierenden politischen Kultur geworden⁶.

Der folgende Beitrag kann das fehlende Gesamtbild nicht ersetzen. Er beabsichtigt nicht mehr, als die Einschätzung Ritters für die Bismarckzeit anhand einiger Beispiele zu überprüfen. Sie berühren sowohl den Bereich der oben gekenn-

³ *Jürgen Reiche*, Das Berliner Reichstagsgebäude. Dokumentation und ikonographische Untersuchung einer politischen Architektur (phil. Diss. Berlin 1988); *Michael S. Cullen*, Der Reichstag. Parlament – Denkmal – Symbol (Berlin, Brandenburg 1995); *Hermann Butzer*, Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes (Düsseldorf 1999); *Hans-Peter Goldberg*, Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Düsseldorf 1998); lesenswert ist die ältere Studie von *Richard W. Dill*, Der Parlamentarier Eduard Lasker und die parlamentarische Stilentwicklung der Jahre 1867–1884. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte und des politischen Stils in Deutschland (phil. Diss. Erlangen 1956).

⁴ Vgl. etwa zur Behandlung parlamentarischer Minderheiten *Andreas Biefang*, Die Sozialdemokratie im Reichstag. Das Parlament als Faktor der Integration 1871–1890, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 26 (2001) 25–54; zum Kaisertabu *Jörg-Uwe Fischer*, Majestätsbeleidigung im Reichstag: „Eine solche Verletzung der monarchischen Gefühle, der Majorität des Reichstags ...“, in: ZParl 33 (2002) 573–588.

⁵ Für die Weimarer Republik hat Thomas Mergel einen solchen Versuch unternommen. Vgl. *Thomas Mergel*, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Düsseldorf 2002).

⁶ *Gerhard A. Ritter*, Der Reichstag in der politischen Kultur des Kaiserreichs, in: Grundlagen des Rechts. Festschrift für Peter Landau zum 65. Geburtstag, hrsg. v. *Richard H. Helmholz* u. a. (Paderborn 2000) 901–921; *Wolfgang Hardtwig*, Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. v. *Wolfgang Hardtwig* (Göttingen 1994) 191–218.

zeichneten „Außenbeziehungen“ des Reichstags wie den der „Parlamentskultur“. Die Untersuchung beginnt mit grundsätzlichen Überlegungen zur Bedeutung des demokratischen Wahlrechts sowohl für die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags als auch für dessen öffentliche Wahrnehmung. Daran schließt eine Analyse des Reichstagsgebäudes in der Leipziger Straße als „politische Architektur“ an, die einigen Aufschluß über das Selbstverständnis und die Wahrnehmung des Parlaments zu geben vermag. Und schließlich soll das Verhältnis von kaiserlichem Hof und Reichstag am Beispiel der Reichstagseröffnungen untersucht werden.

1. Demokratische Legitimation und politische Öffentlichkeit

Der wichtigste Einzelfaktor, der die Rolle des Reichstags in der politischen Kultur des Bismarckreichs bestimmte, war das demokratische Wahlrecht. Der eigentümliche Umstand, daß der preußisch-deutsche Konstitutionalismus mit seinen ausgedehnten Prärogativen für die Krone über eines der modernsten Wahlgesetze verfügte, hat die Historiker stets irritiert. Lange Zeit hat man in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts vor allem eine bonapartistisch inspirierte Herrschaftstechnik Bismarcks gesehen, mit der er den unter dem Dreiklassenwahlrecht so erfolgreichen Liberalismus schwächen wollte. Diese Erklärung, die an Überlegungen Bismarcks und seines Beraters Hermann Wagener während des preußischen Verfassungskonflikts anknüpft, verfehlt jedoch einen wesentlichen Punkt⁷.

Die Gründe resultierten aus den Umständen der deutschen Nationalstaatsgründung, die durch die staatsrechtliche Fiktion, das „Reich“ sei als ein Bündnis von Monarchen und freien Städten entstanden, nur unzulänglich beschrieben sind. In politischer Hinsicht war das preußisch-deutsche Reich aus einer eigentümlichen Verknüpfung von Krieg, Fürstensturz und Annexionen hervorgegangen, die dem Gründungsprozeß einen nationalrevolutionären Zug verlieh⁸. Zur Stabilisierung dieses Staatswesens reichten die neu verliehene Kaiserwürde, die unter Legitimitätsgesichtspunkten bezweifelbar war, und die als Bundesrat bezeichnete permanente Konferenz weisungsgebundener Diplomaten nicht aus. Es bedurfte vielmehr einer zusätzlichen, nationaldemokratischen Absicherung. Diesem Zweck diente die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das Bismarck in Übereinstimmung mit der nationalen Verfassungsbewegung – vertreten vor allem durch den

⁷ Diese These habe ich entfaltet in *Andreas Biefang*, Modernität wider Willen. Bemerkungen zur Entstehung des demokratischen Wahlrechts des Kaiserreichs, in: *Gestaltungskraft des Politischen*. Festschrift für Eberhard Kolb, hrsg. v. *Wolfram Pyta*, *Ludwig Richter* (Berlin 1998) 239–259.

⁸ Zeitgenössische Stimmen bei *Dieter Langwiesche*, „Revolution von oben?“ Krieg und Nationalstaatsgründung in Deutschland, in: *Revolution und Krieg*, Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, hrsg. v. *Dieter Langwiesche* (Paderborn 1989) 117–134.

Deutschen Nationalverein als Keimzelle der Nationalliberalen Partei – einführte⁹. Dabei knüpfte er – und das ist entscheidend – nicht an die von Wagener entwickelte Konzeption eines nach Ständen gegliederten allgemeinen Wahlrechts an¹⁰, sondern an das von der Frankfurter Nationalversammlung im Mai 1849 beschlossene Wahlgesetz.

Unter dem Gesichtspunkt der Legitimitätsbeschaffung erwies sich die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts als durchschlagender Erfolg. Obwohl das in der Verfassung garantierte Wahlgeheimnis institutionell erst nach der Jahrhundertwende endgültig gesichert werden konnte, entfaltete das Wahlrecht eine solche Attraktivität, daß die Wahlbeteiligung von 1871 bis 1890 von 51 auf über 70% anwuchs – eine auch im Vergleich mit den „reifen“ Demokratien der Gegenwart beeindruckende Zahl. Das Wahlrecht wurde zur wesentlichen Ursache für die sogenannte „Fundamentalisierung“¹¹. In umstrittenen Wahlkreisen wurden bereits in den 1870er Jahren aufwendige Propagandaschlachten geschlagen, bei denen zahllose Versammlungen abgehalten wurden und große Mengen von Flugblättern, Broschüren und Plakaten zum Einsatz kamen. Die Wahlkämpfe mobilisierten weite Bevölkerungskreise, wobei zunehmend auch die ländlichen Gebiete erfaßt wurden. Dabei unterschied sich die entstehende demokratische „Wahlkultur“ bei den Reichstagswahlen deutlich von der mehr auf Konsens und Honoratiorentum angelegten „Wahlkultur“, die in Preußen unter den Bedingungen des indirekten Dreiklassenwahlrechts fort dauerte¹². Die Entwicklung im Reich zwang alle politischen Kräfte und Interessengruppen, auch den Kaiser, die Reichsleitung und die Bürokratie, den Reichstag bei der Verfolgung ihrer politischen und sonstigen Interessen ins Kalkül zu ziehen.

Aufgrund seiner demokratischen Legitimation gelang es dem Reichstag schon 1873, seine Zuständigkeiten durch Verfassungsänderung auf die Justizgesetzgebung auszudehnen. Weit mehr als eine bloße Akklamationsmaschine für Regierungsvorlagen, gestaltete er das umfangreiche gesetzgeberische Integrationswerk der folgenden Jahrzehnte mit, das in den Bereichen der Wirtschafts-, Justiz- und

⁹ Dazu die Quellensammlung: Der Deutsche Nationalverein 1859–1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle, bearb. v. *Andreas Biefang* (Düsseldorf 1995).

¹⁰ Zur Konzeption der „Standeswahl nach allgemeinem Stimmrecht“ vgl. *Wolfgang Saile*, Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus (Tübingen 1958) 89.

¹¹ *Peter Steinbach*, Die Politisierung der Region. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881, 2 Bde. (Passau 1989).

¹² Viele Details zu den Reichstagswahlkämpfen bei *Anderson*, *Practicing Democracy*; monographische Studien zu einzelnen Wahlen, wie sie für 1898, 1903 und 1912 vorliegen, fehlen für die Bismarckzeit. Vgl. jedoch die den manipulativen Charakter der Reichstagswahlen (über-) betonende Arbeit von *Elfi Bendikat*, Wahlkämpfe und Wahlen in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien (Wiesbaden 1988). Für die preußischen Landtagswahlen vgl. *Thomas Kühne*, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt (Düsseldorf 1994).

Sozialpolitik einen nationalen Rechtsraum erst entstehen ließ. Mit seiner legislativen Tätigkeit griff der Reichstag tief in das alltägliche Leben der Menschen ein.

Demokratische Legitimation und legislatorische Kompetenz schlugen sich in einer ungewöhnlichen Medienresonanz nieder¹³. Während der Sessionen standen die parlamentarischen Geschehnisse im Vordergrund der politischen Berichterstattung aller wichtigen Tageszeitungen, die eigene Parlamentskorrespondenten in den Reichstag entsandten oder durch die verschiedenen „parlamentarischen Korrespondenzen“ – modern: Pressedienste – versorgt wurden¹⁴. Die Tagespresse entwickelte sich zum eigentlichen Träger der parlamentarischen Öffentlichkeit, die ungeachtet verschiedener Interventionsversuche der Bürokratie auch während des Kulturkampfes und unter den Sozialistengesetzen von der Zensur verschont blieb¹⁵. Der Abdruck der Stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen oder wenigstens ausführlicher Stenogramme ermöglichte es den politisch interessierten Bürgern bis in die Provinzstädte hinein, die Vorgänge im Nationalparlament im Detail nachzuvollziehen. Nicht zuletzt um der rascheren Parlamentsberichterstattung willen gingen seit den 1880er Jahren die wichtigsten Zeitungen dazu über, eine Abendausgabe herauszugeben, so daß die Öffentlichkeit zumindest in Berlin noch am selben Tage über den Stand der Reichstagsverhandlungen unterrichtet war.

Der Reichstag und mehr noch seine Mitglieder wurden aber auch zum Gegenstand der frühen journalistischen Bildberichterstattung¹⁶. In unterschiedlicher Intensität druckten illustrierte Zeitschriften und Familienblätter wie die *Leipziger Illustrierte* oder *Daheim* und *Ueber Land und Meer* Bildberichte über Reichstagsitzungen, die in der Summe ein Millionenpublikum erreichten. Die meist nach der Natur oder nach fotografischen Vorlagen angefertigten Zeichnungen stellten die Räumlichkeiten des Reichstags vor und schilderten verschiedene parlamentarische Szenen. Begleitet wurden sie von Erläuterungen der Arbeitsweise des Parlaments oder von anekdotisch orientierten Erzählungen. Den Schwerpunkt der parlamentarischen Bildberichterstattung bildete das Porträt. Dabei wurden ausgewählte Abgeordnete, meist die parlamentarischen Führer ihrer jeweiligen Partei oder Angehörige des Reichstagspräsidiums, in der für das journalistische Metier charakteristischen Verbindung von Bild und Text vorgestellt. Weitere Bildvermitt-

¹³ Das Folgende nach *Andreas Biefang*, Der Reichstag als Symbol der politischen Nation. Parlament und Öffentlichkeit 1867–1890, in: *Politikstile im Wandel*, hrsg. v. *Lothar Gall* (Paderborn 2003) 23–42.

¹⁴ Eine Liste aus dem Jahr 1881 verzeichnet 64 Zeitungen und Korrespondenzen, die beim Reichstag akkreditiert waren. Landesarchiv Berlin, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Polizei-Präsidium, Tit. 94, Nr. 514, Vol. 3, Bl. 301–305.

¹⁵ Einen Überblick über die Entwicklung der parlamentarischen Redefreiheit bietet [*Eduard*] *Hubrich*, Die Immunität der parlamentarischen Berichterstattung (Das Prinzip der parlamentarischen Öffentlichkeit). Ein Beitrag zum deutschen Verfassungsrecht und zur Revision der Reichsgesetzgebung, in: *Annalen des Deutschen Reiches* (Jg. 1897) 1–65.

¹⁶ Zur Entwicklung der Parlamentsfotografie vgl. *Andreas Biefang*, Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße. Fotografiert von Julius Braatz (Düsseldorf 2002) 43–56.

ler waren die verbreiteten satirischen Zeitschriften, die die Wahlkämpfe und die parlamentarischen Auseinandersetzungen mit zahllosen Karikaturen kommentierten. Die Dichte der personenbezogenen Berichterstattung war so groß, daß sich daraus das Bild einer parlamentarischen Elite ergab. Die politisch interessierten Bürger der Bismarckära hatten zweifellos eine visuelle Vorstellung von den herausragenden Parlamentariern, die als Vertreter einer nationalen politischen Elite dargestellt wurden.

Die starke öffentliche Wahrnehmung des Reichstags wird auch dadurch belegt, daß das provisorische Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße seit den späten 1870er Jahren zu den Zielen eines touristischen Besuchs der Hauptstadt zählte. Die bekannten Reiseführer wie zum Beispiel der Baedeker gaben ausführliche Hinweise über die Besuchsmöglichkeiten¹⁷. Innenbesichtigungen des Gebäudes waren demnach außerhalb der Sitzungsperioden täglich ohne Voranmeldung möglich, während der Sessionen nur an sitzungsfreien Tagen. Für den Besuch einer Reichstagssitzung war eine persönliche Voranmeldung notwendig. Bei wichtigeren Debatten reichten die 240 der Allgemeinheit vorbehaltenen Zuschauerplätze bei weitem nicht aus. Die genauen Besucherzahlen sind nicht zu ermitteln, aber man kann davon ausgehen, daß während der Kanzlerschaft Bismarcks sich einige zehntausend Menschen einen persönlichen Eindruck von den Parlaments-sitzungen, aber auch von der Ausstattung und Atmosphäre des Reichstagsgebäudes verschafften.

Durch die Wahlen und Wahlkämpfe, aber auch durch sein gesetzgeberisches Werk erhielt der Reichstag eine ungewöhnliche Medienpräsenz. Zusammengekommen ließen diese Faktoren den Reichstag zu derjenigen politischen Institution werden, die das Reich während der Kanzlerschaft Bismarcks für die breite Bevölkerung am ehesten erfahrbar machte. Als nationale Integrationsinstanz und als Symbol der politischen Nation prägte der Reichstag die politische Kultur des frühen Kaiserreichs maßgeblich.

2. Das Reichstagsgebäude als „politische Architektur“

Nach diesen eher abstrakten Bemerkungen über die Bedeutung des demokratischen Wahlrechts und seiner Wirkungen gilt es nun, die Perspektive zu wechseln und den Reichstag gleichsam aus der Nahtsicht zu analysieren. Das soll zunächst am Beispiel der baulichen Gestaltung des Parlaments geschehen. Architektur ist niemals nur der Ausdruck ästhetischer Formprinzipien, sondern stets auch Träger politischen Sinngehalts¹⁸. Das gilt in besonderem Maße für solche Bauwerke, die

¹⁷ *Karl Baedeker*, Berlin und Umgebungen. Handbuch für Reisende (Leipzig 41885) 32 f., 93 (Leipzig 61889) 46, 111 (Leipzig 81894) 38, 106.

¹⁸ Zum Begriff der „politischen Architektur“ vgl. die Einleitung zu *Martin Warnke* (Hrsg.), Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute – Repräsentation und Gemeinschaft (Köln 1984).

für die Erfüllung staatlicher Zwecke errichtet oder umgestaltet wurden. Die 70er und 80er Jahre des 19. Jahrhunderts eignen sich insofern als Untersuchungsgegenstand, als das neugegründete Reich sich institutionell zunehmend differenzierte und in der Folge sein Bedarf an geeigneten Räumlichkeiten stetig wuchs.

Meist bedienten sich die Reichsbehörden bereits vorhandener Gebäude. Das galt noch für die 1878 bezogene Reichskanzlei, die in einem umgebauten Adelspalais Platz fand¹⁹. Zum eigentlichen Betätigungsfeld der Reichsarchitektur entwickelte sich seit den späten 1870er Jahren das Reichsland Elsaß-Lothringen, vor allem Straßburg²⁰. Für die architektonische Selbstdarstellung des Reiches erwiesen sich auch die zahlreichen neu errichteten Ämter der Reichspost als wichtig, deren Bauten nach einem ausgeklügelten Konzept Heinrich v. Stephans jedem Bürger in seinem lokalen Umfeld die Zugehörigkeit zum nationalen Ganzen symbolisch vor Augen führen sollten²¹.

Der erste politische Neubau des Kaiserreichs war jedoch das Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße²². In der Forschung und der historischen Wahrnehmung ist dieses Gebäude stets hinter dem Wallot-Bau zurückgeblieben, über dessen Ikonographie wir vor allem durch die Arbeit von Jürgen Reiche unterrichtet sind²³. Die Fixierung auf den Wallot-Bau führt jedoch zu einer verzerrten Perspektive, denn das Haus in der Leipziger Straße wurde immerhin 23 Jahre genutzt und damit – zumindest für die Zeit des Kaiserreichs – genauso lange wie der Wallot-Bau.

Wenn das Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße schon bald nach der Wende zum 20. Jahrhundert in Vergessenheit geriet, so hängt dies auch mit den besonderen Umständen seiner Entstehung zusammen. Während der Norddeutsche Reichstag im Preußischen Herrenhaus Platz gefunden hatte, war der Reichstag nach der Reichsgründung zunächst norddürftig im Preußischen Abgeordnetenhaus am Dönhoffplatz untergebracht worden. Die Rolle als Untermieter preußischer Kammern wurde von den meisten Reichsparlamentariern als ein Zustand angesehen, der mit der Würde des Nationalparlaments nicht zu vereinbaren war. Da die Planung und Errichtung eines freistehenden, monumentalen Reichstagsgebäudes, wie es vor allem die Nationalliberalen anstrebten, lange Jahre in Anspruch nehmen würde, verständigte man sich darauf, für die Übergangszeit kurzfristig ein provisorisches Gebäude zu schaffen.

Die Erarbeitung geeigneter Vorschläge übertrug der Reichstag im März 1871 derselben Kommission, die auch die Ausschreibungen für den definitiven Neubau

¹⁹ *Laurenz Demps*, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht (Berlin 1994) 144–149.

²⁰ *Godehard Hoffmann*, Architektur für die Nation? Der Reichstag und die Staatsbauten des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918 (Köln 2000). Hoffmann geht auf das provisorische Reichstagsgebäude nur am Rande ein.

²¹ Ausführlich dargestellt bei *Siegfried Weichlein*, Nationsbildung und Regionsbildung nach der Reichsgründung, 1866–1890 (phil. Habil. Berlin 2002).

²² Zur Baugeschichte und Ausstattung vgl. *Biefang*, Bismarcks Reichstag 58–80.

²³ *Reiche*, Reichstagsgebäude.

vorzubereiten hatte. Das Gremium bestand nicht – wie bei Parlamentsausschüssen üblich – ausschließlich aus Mitgliedern des Reichstags, sondern umfaßte auch Vertreter des Bundesrats und der preußischen Bauverwaltung. Den Vorsitz hatte ein Ministerialbeamter. Es ist bezeichnend für den eigentümlichen Schwebezustand des preußisch-deutschen Konstitutionalismus, daß der rechtliche Status dieser Kommission nie zweifelsfrei geklärt wurde. Fest steht jedenfalls, daß der Reichstag seine Bauangelegenheiten nicht in eigener Verantwortung regeln konnte. Umgekehrt konnten die Parlamentarier, die die Mehrheit der Sitze innehatten, nicht überstimmt werden. Die merkwürdige Konstruktion führte in der Planungsphase für den Wallot-Bau zu erheblichen Kompetenzstreitigkeiten, scheint aber bei den Planungen für das Provisorium in der Leipziger Straße, die unter besonderem Termindruck standen, zu keinen nachweisbaren Belastungen geführt zu haben. Auch sind Einmischungen durch die Krone – anders als beim Wallot-Bau – nicht belegbar. Der Einfluß der Exekutive bestand im wesentlichen darin, daß Reichskanzler Bismarck darauf drängte, den dringend benötigten Bau pünktlich zum Beginn der Herbstsession 1871 zum Abschluß zu bringen.

Die Baukommission hatte für das Reichstags-Provisorium das Gelände der ehemaligen Königlichen Porzellanmanufaktur in der Leipziger Straße ausgewählt. Zwischen Herrenhaus und Kriegsministerium mußte sich das Parlament in die Reihenbebauung einfügen. Obwohl einige Gebäudeteile der ehemaligen Porzellanmanufaktur übernommen wurden, handelte es sich insgesamt um einen echten Neubau. Die Pläne stammten von dem preußischen Baurat Friedrich Hitzig, der dabei auf ältere Entwürfe für den Neubau des Preußischen Abgeordnetenhauses zurückgriff. Binnen weniger Monate gelangten die Arbeiten, die von der privatwirtschaftlich tätigen Berliner Architektengemeinschaft Martin Gropius & Heino Schmieden geleitet wurden, zum Abschluß²⁴. Der Reichstag wurde somit zum ersten öffentlichen Gebäude Berlins, das durch ein privates Unternehmen errichtet wurde. Das war ein politisches Signal und wurde von der lokalen Bauwirtschaft wie von der liberalen Presse auch so verstanden.

Die Auswahl der Architekten Gropius & Schmieden, die auch die Innenausstattung und Möblierung des Gebäudes verantworteten, bedeutete eine ästhetische Vorentscheidung. Beide waren stilistisch der internationalen florentinischen Neorenaissance verpflichtet, die entsprechend der damaligen Sichtweise der Renaissance als „bürgerlich“ und im weitesten Sinne als fortschrittlich oder liberal angesehen wurde²⁵. Die stilistische Orientierung zeigte sich vor allem bei der opulenten Farbgebung im Innern des Gebäudes. Architekturkritiker hoben immer wieder den Kontrast zur grauen Tristesse der klassizistischen preußischen Staatsarchitektur Schinkelscher Provenienz hervor, von der sich der Reichstag positiv unterscheidet²⁶. Auch die nachträglich im Sommer 1874 nach Entwürfen des Ber-

²⁴ *Manfred Klinkott*, Martin Gropius und die Berliner Schule (phil. Diss. Berlin 1971).

²⁵ Zur Bedeutung der Neorenaissance in der Architektur vgl. *Hoffmann*, Architektur für die Nation 50–60.

²⁶ Gropius hat die farbigen Skizzen seiner Innendekorationen bereits zeitgenössisch veröf-

liner Architekten Neumann neu gestaltete Straßenfront wurde im Stil der Neorenaissance errichtet.

Wegen des provisorischen Charakters des Gebäudes und der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit blieben die Architekten bei der künstlerischen Ausstattung zurückhaltend. Das mit Blick auf die politische Ikonographie wichtigste Element befand sich im Foyer des Hauses. Schon die Errichtung eines solchen großzügigen Vorraums zum Plenarsaal war eine Neuheit in der deutschen Parlamentsarchitektur, die auf eine verändertes Bild von der Funktionsweise eines Parlaments hindeutete. Der Reichsparlamentarier war nicht mehr der privatisierende Bürger oder Beamte, der von seinem Monarchen von Zeit zu Zeit zur Beratung eines legislatorischen Programms in die Hauptstadt gerufen wurde, sondern Bestandteil einer zunehmend professionell agierenden politischen Elite, die einen Großteil ihrer Energien auf das politische Geschäft verwendete und sich entsprechend häufig und lang in Berlin aufhielt. Die „Lebensform des Mdr“ (Gustav Radbruch) wurde durch das neugeschaffene Foyer zweifellos begünstigt. Dieser Ort entwickelte sich in den folgenden Jahren zum Zentrum des informellen Meinungsaustausches und der parlamentarischen Geselligkeit. Das politische Bildprogramm dieses Raumes war den Abgeordneten als Ansporn und Mahnung stets präsent.

Es bestand im wesentlichen aus zehn in Medaillons gefaßten Porträts nationaler Heroen, die an den Wänden des Foyers angebracht waren. Ihnen hatte man sinnfällige Aussprüche zugeordnet, die in Form von Reliefs unterhalb der Bildnisse hingen²⁷. Die Grau in Grau gehaltenen Porträts hatte der Historienmaler und Porträtist Gustav Graef angefertigt, der sich durch mehrere populäre Darstellungen zu den „Freiheitskriegen“ hervorgetan hatte. Die besondere Bedeutung dieser nationalpatriotischen Ahnengalerie bestand darin, daß sie den Reichstag in eine offiziell gebilligte politisch-historische Tradition einfügte. Wer die zu porträtierenden Personen ausgewählt hat, ist nicht bekannt. Es ist jedoch kaum denkbar, daß die Architekten ohne die vorherige Billigung durch die Baukommission oder das Präsidium des Reichstags vorgegangen sind. Die Vorschläge für die den Porträts beigeordneten Zitate hatte Friedrich Eggers, Professor an der Berliner Akademie der Künste, zusammengetragen.

Im Eingangsbereich des Reichstags wurden die Abgeordneten von den schwäbischen Dichtern Ludwig Uhland – der mit einem Gedicht auf die Völkerschlacht von Leipzig zitiert wurde – und Friedrich Schiller empfangen, aus dessen Wilhelm Tell man den Rütli-Schwur ausgewählt hatte. Mit der prominenten Plazierung der beiden Schwaben trug man süddeutschen Empfindlichkeiten gegen das preußische Übergewicht im Reich Rechnung. Im Foyer selbst blieb allerdings die kleindeutsch-preußische Dominanz unübersehbar. Die dort angebrachten Porträts und Sprüche zeigten ausgesprochene Protagonisten des protestantischen Nationalis-

fentlich: Dekorationen innerer Räume von Gropius & Schmieden, 3 Hefte (Berlin 1877–1881).

²⁷ Die Porträts und die zugehörigen Texte bei *Biefang*, Bismarcks Reichstag 65–69.

mus wie Ernst Moritz Arndt, Wilhelm Humboldt, den Freiherrn vom Stein, Scharnhorst, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Christoph Dahlmann, oder sie präsentierten süddeutsche Publizisten und Politiker wie Paul Pfizer und Karl Mathy, die als Befürworter des „kleindeutschen“ Gedankenguts hervorgetreten waren. Es war im wesentlichen das Personal der entstehenden nationalliberal-borussischen Geschichtslegende, das den Reichsparlamentariern als Vorbild dienen sollte²⁸.

Die Anknüpfung an die Zeit der preußischen Reformen und der „deutschen Erhebung“ fügte sich in einen generellen geistigen Trend der Zeit ein. Sie besaß eine offensichtliche antifranzösische Stoßrichtung, die in den Augen der meisten Zeitgenossen durch den letzten der drei „Einigungskriege“ ihre Berechtigung behalten hatte. Das historisch-politische Programm der Bildergalerie zielte zudem auf einen innenpolitischen Gegner, und zwar auf den politischen Katholizismus in seiner „ultramontanen“ Ausprägung. Es war kein Zufall, daß nur Protestanten in die nationale Heldengalerie aufgenommen worden waren.

Verfassungspolitisch waren die Zitate meist ausdrücklich der konstitutionellen Monarchie verpflichtet. Allerdings klangen an einigen Stellen, etwa bei Schiller, Arndt oder Fichte, von Ferne (national-) revolutionäre Motive an. Mit Bedacht hatte man die Bezüge zur liberalen Tradition aber so gewählt, daß sie den Kompromiß mit der preußischen Führung nicht belasteten. Die einzige Bezugnahme auf das erste deutsche Nationalparlament von 1848/49 erfolgte durch das Zitat Mathys, das eine Distanzierung von dessen Beschlüssen beinhaltete. Arndt, der auch der Paulskirche angehört hatte, wurde lediglich als Dichter der Befreiungskriege vorgestellt. Auf die Hängung der Porträts liberaler preußischer Abgeordneter der jüngsten Vergangenheit – in der Diskussion waren u. a. Benedikt Waldeck, und Karl Twesten gewesen – verzichtete man ebenfalls. Insofern betonte die Bildergalerie stärker die nationale als die parlamentarische Traditionslinie des Reichsparlamentarismus.

Auch die übrige künstlerische Ausstattung des Gebäudes bewegte sich innerhalb dieses konstitutionellen Deutungsrahmens. Der Fassadenschmuck zur Leipziger Straße hin bestand aus einer von Rudolf Siemering entworfenen Skulptur, die auf dem Dachsims oberhalb des Portals aufgestellt wurde. Sie zeigte den Reichsadler innerhalb eines Schildes, auf dem die Reichskrone aufruhete. Rechts und links lehnten sich als Schildwächter zwei weibliche Figuren an, bei denen es sich entweder um Genien des Krieges oder – wahrscheinlicher – um Verkörperungen der neu gewonnenen Provinzen Elsaß und Lothringen handelte. Im Innern

²⁸ Allgemein *Wolfgang Hardtwig*, Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: *Geschichtskultur und Wissenschaft*, hrsg. v. *Wolfgang Hardtwig* (München 1990) 103–160; zur Bedeutung des Mythos von 1813 für die politische Kultur des frühen Kaiserreichs vgl. *Elisabeth Fehrenbach*, Bismarck und die politische Kultur im Deutschen Reich, in: *Otto von Bismarck und die Parteien*, hrsg. v. *Lothar Gall* (Paderborn 2001) 1–17; sowie *Frank Becker*, Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913 (München 2001).

des Gebäudes zählten Reichskrone und Reichsadler in Verbindung mit den Wappen der Bundesstaaten zu den Schmuckelementen, die in beinahe allen Räumen Verwendung fanden. Durch sie wurde der föderative Charakter der nationalen Monarchie betont.

Ausschließlich monarchische Symbole gab es nur in Gestalt von zwei Porträts des Kaisers. Im Speisesaal der Restauration – an einem wenig repräsentativen Ort – war eine Wand durch ein konventionelles Brustbildnis geschmückt, dessen Maler nicht bekannt ist. Das zweite Porträt befand sich im Sitzungssaal des Bundesrats, also in einem Bereich des Gebäudes, zu dem die Parlamentarier keinen Zugang besaßen. Es handelte sich um ein großformatiges Ölgemälde von Carl Steffek, das den König und Kaiser zu Pferde sitzend, in der traditionell dem Herrscher vorbehaltenen Weise zeigt. Uniform und Helm sowie die Feldherrnpose verweisen auf die Funktion als oberster Kriegsherr, die segnend ausgestreckte rechte Hand verspricht paternalistischen Schutz. Diese Form der Darstellung war fester Bestandteil der Ikonographie Wilhelms I. und begegnet in zahlreichen Porträts des Kaisers²⁹.

Das politische Bildprogramm und die künstlerische Ausstattung des Reichstags-Provisoriums zielten auf die Versöhnung von Monarchie und parlamentarischer Repräsentation und verhielten sich entsprechend affirmativ gegenüber dem Verfassungskompromiß von 1867/71, wie es idealtypisch im Plenarsaal zum Ausdruck kam. Dort war über dem Präsidententisch eine schwarz-weiß-rote Fahne angebracht, die inoffizielle Nationalflagge, die in einer eigentümlichen Mischung die revolutionäre Trikolore mit den preußischen Farben verband³⁰. Der bürgerliche Anteil an der Entstehung des Reiches wurde vor allem durch die politische Porträtgalerie im Foyer zum Ausdruck gebracht. Auch die Wahl der Architekten, die stilistische Orientierung an der Neorenaissance sowie die Anlage der Räumlichkeiten wiesen in diese Richtung. In dem als Arbeitsparlament konzipierten Gebäude konnte sich ein bürgerlich geprägter parlamentarischer Stil entwickeln, der den gesellschaftlichen Verkehr und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Abgeordneten förderte, und der deutlich von dem vornehmen Stil etwa der ersten Kammern in Preußen oder Sachsen abwich³¹.

Die „Bürgerlichkeit“ des Parlamentshauses in der Leipziger Straße wird auch im Vergleich mit dem Wallot-Bau deutlich, der als architektonisches Gegengewicht zum Stadtschloß entworfen worden war. Bei dessen künstlerischer Ausstattung fehlte jeder unmittelbare Hinweis auf den bürgerlich-liberalen Anteil an der Reichsgründung. Die vereinzelt an nationalliberales Gedankengut waren in historischen Allegorien sorgfältig versteckt. Reichsverfassung und

²⁹ Rainer Schoch, *Das Herrscherbild in der Malerei des 19. Jahrhunderts* (München 1975).

³⁰ Elisabeth Fehrenbach, *Über die Bedeutung der politischen Symbole im Nationalstaat*, in: *dies.*, *Politischer Umbruch und gesellschaftliche Bewegung. Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte Frankreichs und Deutschlands im 19. Jahrhundert* (München 1997) 395–342.

³¹ Zum parlamentarischen Stil im Preußischen Herrenhaus vgl. Hartwin Spenkuch, *Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918* (Düsseldorf 1998).

Reichstag erschienen dort in erster Linie als Geschenke, die „dem deutschen Volke“ durch das ruhmreiche Wirken der Hohenzollerndynastie und ihrer Paladine, vor allem Bismarck und Moltke, übereignet worden waren. Die „politische Architektur“ des Reichstagsprovisoriums drückte im Gegensatz dazu den nationalliberalen Geist der Reichsgründungszeit beinahe idealtypisch aus.

3. Begegnungen zwischen Monarch und Reichstag – die Reichstagseröffnungen

Der offizielle Verkehr zwischen Monarchen, Staatsoberhäuptern oder leitenden Ministern folgt im allgemeinen streng durchdachten Ritualen, die die tatsächlichen oder die vorgestellten Kräfte- und Machtverhältnisse in symbolhafter Weise abbilden³². Ähnliches gilt auf einer anderen Ebene auch für den Verkehr zwischen Verfassungsorganen, etwa zwischen „Kaiser“ und „Reichstag“. Die unmittelbaren Begegnungen zwischen Wilhelm I. und der Volksvertretung waren selten und gestalteten sich recht einseitig. Der von seiner monarchischen Würde und seinem Preußentum durchdrungene greise Herrscher hat den Reichstag nur einmal betreten, nämlich im Oktober 1871 zur Besichtigung des neu errichteten Gebäudes, bezeichnenderweise noch vor der Schlüsselübergabe an den Parlamentspräsidenten, so daß er formal nicht als Gast des Reichstags gelten mußte³³. Im übrigen hat sich der Monarch bewußt von dem Nationalparlament ferngehalten und damit seine Distanz zur Volksvertretung zum Ausdruck gebracht. Umgekehrt hat der Reichstag keine Veranstaltungen in eigener Regie durchgeführt, zu denen der Monarch geladen wurde. Darin mag man ein Zeichen mangelnden Selbstbewußtseins erkennen. Es belegt aber auch eine realistische Einschätzung der politischen Möglichkeiten des Parlaments im dualistischen Verfassungssystem.

Die direkten Begegnungen zwischen Hof und Reichstag beschränkten sich auf Zeremonien, zu denen der Monarch selbst oder dritte Institutionen einluden. Eine stilbildende Bedeutung kam zunächst den Kaisergeburtstagen zu³⁴. Dieser dezentral begangene Festtag knüpfte an die preußischen Feiern zum Geburtstag des Königs an und setzte sich nach anfänglichen Schwierigkeiten, die aus der Konkurrenz zu vergleichbaren einzelstaatlichen Festen herrührte, seit Mitte der 1870er Jahre reichsweit durch. Die Hauptfeier fand naturgemäß in Berlin statt.

Der erste „Kaisergeburtstag“ am 22. März 1871 war Bestandteil der allgemeinen Reichsgründungsfeiern. Es war selbstverständlich, daß auch der Reichstag seine Glückwünsche überbringen würde. Dazu hatte er auf Vorschlag seines Alterspräsidenten Leopold von Frankenberg-Ludwigsdorff beschlossen, in corpore

³² *Johannes Paulmann*, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg (Paderborn u. a. 2000).

³³ Kreuz-Zeitung, Nr. 243, 18. Oktober 1871.

³⁴ *Fritz Schellack*, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945 (Frankfurt a. M. u. a. 1990) 17–32.

beim Kaiser vorstellig zu werden³⁵. Der Hof hatte allerdings kein Interesse, den monarchischen Charakter der Feier durch den offiziellen Empfang hunderter Parlamentarier zu verwässern, und ließ dankend ablehnen. Er empfing lediglich den Alterspräsidenten und die drei Präsidenten des letzten Zollparlaments. Um die Atmosphäre nicht über Gebühr zu belasten, wurden die übrigen Parlamentarier für den folgenden Tag zu einem gesonderten Diner ins Schloß geladen. Dort wurden sie vom Kaiser bezeichnenderweise nicht als Vertreter des ganzen Volkes empfangen, sondern sie mußten unter der Obhut ihrer Minister länder- und provinzenweise Aufstellung nehmen³⁶. Dieses Diner war das einzige Mal, daß der Reichstag während der Bismarck-Zeit in corpore empfangen wurde. Im Übrigen mußten Abgeordnete, die an höfischen Festen und Empfängen teilnehmen wollten, jeweils ihre Visiten-Karten abgeben, so daß der Hof die Möglichkeit behielt, mißliebige Personen einfach zu übersehen.

Die offizielle Vertretung des Reichstags blieb dem Reichstagspräsidium überlassen, das schließlich auch dem Kaiser die Geburtstagsgrüße übermittelte. Als Vertreter des Parlaments waren sie schon quantitativ kaum in der Lage, den Charakter von höfischen Feiern, Staatsbesuchen oder Denkmalenthüllungen zu prägen, zumal die Festregie in der Hand des Hofes oder der Exekutive verblieb. Das galt sogar für die vielbeschriebene Grundsteinlegung für das neue Reichstagsgebäude im Juni 1884, bei der der konservative Präsident des Reichstags, Albert von Levetzow, in Uniform erschien. Durch dieses schon von liberalen Zeitgenossen getadelte Verhalten stellte er sich nicht als Repräsentant der Volksvertretung, sondern als gehorsamer Diener des obersten Feldherrn dar³⁷.

Allerdings scheint es lohnend, auf diejenigen Begegnungen zwischen Hof und Parlament näher einzugehen, die für das Verhältnis beider Verfassungsorgane die bedeutsamsten waren, nämlich die Reichstagseröffnungen. Nach der Verfassung berief der Kaiser den Reichstag auf dem Verordnungswege ein. Die Eröffnungszereemonie begann mit einem Gottesdienst, der für die evangelischen Abgeordneten in der Schloßkapelle, für die katholischen Abgeordneten in der nahegelegenen Hedwigskirche abgehalten wurde. Im Anschluß versammelten sich die Mitglieder des Reichstags im Weißen Saal des Stadtschlusses. Dort verlas der Monarch, umgeben von den Mitgliedern des Bundesrats zur linken und Mitgliedern seines Hofstaats zur rechten, die vom Reichskanzler gegengezeichnete Thronrede, in der er das Regierungsprogramm für die beginnende Session darlegte.

In der Forschung wurde wiederholt auf das monarchisch geprägte Zeremoniell hingewiesen. Das Parlament ging zu Hofe, und nicht – wie in Großbritannien –

³⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages (Sitzung v. 21. März 1871) 6.

³⁶ Beschreibungen bei *Eugen Richter*, Im alten Reichstag. Erinnerungen, Bd. 1 (Berlin 1894) 4f.; Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hrsg. v. *Friedrich Curtius*, Bd. 2 (Stuttgart, Leipzig 1906) 46.

³⁷ *Cullen*, Reichstag 104–107.

der Monarch ins Parlament³⁸. In diesem Ritual kam ohne Zweifel die Prädominanz der Krone symbolhaft zum Ausdruck. Allerdings relativiert sich die Aussagekraft dieses Vorgangs, wenn man die Reichstageröffnungen näher in den Blick nimmt³⁹. In der Literatur werden nämlich beinahe ausschließlich zwei Beispiele erwähnt, die Eröffnung unmittelbar nach der Reichsgründung, und sodann die erste Eröffnung unter Wilhelm II. Beide sind jedoch, was den Aufwand der monarchischen Inszenierung und die öffentliche Aufmerksamkeit angeht, untypisch.

Die Eröffnung am 21. März 1871 im Weißen Saal des Schlosses stand noch ganz im Zeichen der Reichgründungsfeiern, die mit der Kaiserproklamation in Versailles begonnen hatten, und sich mit dem Einzug der siegreichen Truppen⁴⁰, dem Empfang des Reichstags durch die Stadt Berlin und dem ersten „Kaisergeburtstag“ fortsetzten. Dem entsprach der Aufwand bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung. Sie bot schließlich eine Geschichtsdeutung aus monarchischer Sicht, die dem Programm der geschilderten Bildergalerie im Reichstag diametral entgegenstand. Die Zeremonie war darauf angelegt, die Kontinuität des neuen Kaisertums mit dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation zu betonen. Dazu sollte etwa der Thron Kaiser Heinrichs III. dienen, der eigens aus der Kaiserpfalz in Goslar herbeigeschafft worden war⁴¹. Der Aufmarsch der Generale, aber auch das an das mittelalterliche Kaisertum erinnernde Ritual mit Schwert, Zepter, Reichsapfel und Krone wiesen in dieselbe Richtung. Die Anwesenheit der Prinzen und Prinzessinnen sowie der Kaiserin unterstrichen die herausgehobene Bedeutung der Veranstaltung. Als Zeichen des Respekts vor seinen Abgeordneten nahm der Kaiser – wie allgemein vermerkt wurde – vor dem Verlesen der Thronrede immerhin seinen Helm ab.

Noch aufwendiger war die Reichstageröffnung durch Wilhelm II. im Juni 1888, deren Inszenierung bis ins Detail geplant war und die die nationalmonarchische Herrschaftsauffassung des jungen Kaisers unterstreichen sollte. Der Weiße Saal des Schlosses hatte eine neue, glanzvollere Dekoration erhalten, die Bundesfürsten einschließlich des sächsischen Königs und des bayerischen Kronprinzen hatten sich eingefunden, der Bundesrat und die kaiserliche Familie waren

³⁸ Henry S. Cobb, *The Staging of Ceremonies in the House of Lords*, in: *The Houses of Parliament. History, Art, Architecture*, hrsg. v. David Cannadine u. a. (London 2000) 31–45.

³⁹ Das Folgende beruht wesentlich auf den ausführlichen Berichten, die die Berliner *National-Zeitung* über die Reichstageröffnungen brachte. Der Wortlaut der Thronreden ist abgedruckt im Generalregister zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen und amtlichen Drucksachen des konstituierenden Reichstages, des Reichstages des Norddeutschen Bundes, des deutschen Zollparlaments und des Deutschen Reichstages vom Jahre 1867 bis einschließlich der am 24. Mai 1895 geschlossenen 3. Session 1894/95, hrsg. v. Reichstagsbureau (Berlin 1896) 311–355.

⁴⁰ Vgl. Klaus Tenfelde, *Adventus*. Zur historischen Ikonologie des Festzugs, in: *HZ* 235 (1982) 45–84, hier 69–76.

⁴¹ Zur Rolle der Goslarer Kaiserpfalz für die Staatssymbolik des Kaiserreichs vgl. Monika Arndt, *Die Goslarer Kaiserpfalz als Nationaldenkmal. Eine ikonographische Untersuchung* (Hildesheim 1976).

annähernd vollzählig erschienen⁴². Die immense Prachtentfaltung wurde durch das Monumentalgemälde Anton von Werners, der bereits an der Vorbereitung beteiligt gewesen war, im offiziellen Auftrag bildlich festgehalten. Dessen ausgefeilte Bildpropaganda prägt bis zum heutigen Tag die Vorstellung von der Zeremonie. Auf seinem Gemälde erscheinen die Abgeordneten nicht als demokratisch legitimierte Volksvertreter, sondern als passive Empfänger der monarchischen Gnade.

Von einer vergleichbaren Prachtentfaltung und öffentlichen Aufmerksamkeit kann bei den übrigen Eröffnungen nicht die Rede sein. Während der Herrschaft Wilhelms I. kam der Reichstag zu 24 Sessionen zusammen, bei denen sich dem Monarchen die Gelegenheit bot, das Parlament zur Eröffnung im Weißen Saal des Schlosses zu empfangen. Tatsächlich eröffnete der Kaiser den Reichstag nur sieben mal persönlich, nämlich im März und Oktober 1871, im März 1873, im Oktober 1874, dann zweieinhalb Jahre später im Februar 1877, erneut zwei Jahre später im Februar 1879 und ein letztes Mal im November 1884. Das waren nicht einmal 30% der Eröffnungen. Die übrigen Male wurde die Zeremonie in Stellvertretung dreimal durch den Reichskanzler (im April 1872, im Februar 1874 und im November 1881), meist jedoch durch den jeweiligen Vizekanzler oder den Leiter der Reichskanzlei vollzogen. In den 1880er Jahren übernahm diese Aufgabe fast durchgängig der Staatssekretär des Innern, Heinrich von Boetticher.

Meistens war das Zeremoniell überaus bescheiden. Das gilt auch für die Eröffnungen durch den Kaiser selbst. Zu der Veranstaltung am 8. April 1872 bemerkte ein Beobachter, daß man, wenn dieselbe nicht im Weißen Saal des Schlosses, sondern im Reichstag stattgefunden hätte, den Eindruck einer gewöhnlichen Sitzung hätte haben können⁴³. Noch unspektakulärer fielen die Eröffnungen durch Minister und Beamte aus. Meist war die Veranstaltung zudem schlecht besucht. Daß sich 40 bis 50 Parlamentarier in den Weiten des Saales verloren, war keine Seltenheit⁴⁴. Generell erreichte der Reichstag in den ersten Wochen der Sessionen nur selten die Beschlußfähigkeit, da die Abgeordneten erst nach und nach in Berlin eintrafen. Hinzu kam, daß Sozialdemokraten, nationale Minderheiten und viele Linksliberale das höfische Zeremoniell ablehnten und der Eröffnung aus prinzipiellen Gründen fernblieben. In der heißen Phase des „Kulturkampfes“ hielten sich auch die meisten Zentrumsabgeordneten von staatlichen Zeremonien fern. Vizekanzler Bötticher zog schließlich die Konsequenzen, indem er seit 1882 dazu überging, den Eröffnungsakt nach Möglichkeit direkt im Sitzungssaal des Reichstags zu vollziehen. Dieser bemerkenswerte Vorgang wiederholte sich zwischen 1882 und 1886 immerhin fünfmal.

Die allgemeine Praxis der Reichstageröffnungen war daher kaum geeignet, der Öffentlichkeit die Prädominanz des Hofes in symbolhafter Weise vor Augen zu führen. In aller Regel wurden die Eröffnungen als eine bloße Formalität angese-

⁴² Vgl. Anton von Werner. *Geschichte in Bildern*, Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums, hrsg. v. Dominik Bartmann (München 1993) 407–410.

⁴³ Im neuen Reich 2 (1872) Bd. 1, 702

⁴⁴ Im neuen Reich 7 (1877) Bd. 2, 303.

hen und wirkten auf viele Beobachter als überholter Ritus. Auch war es nicht so, daß der Reichstag gar keinen Einfluß auf den Verlauf der Veranstaltung gehabt hätte. Zwar lud der Kaiser, der ja auch das Parlament berief, die Abgeordneten zur Eröffnung. Aber Diplomaten, Beamte und andere nicht zum Hofstaat gehörende Persönlichkeiten bedurften, wenn sie der Zeremonie als Gäste beiwohnen wollten, einer schriftlichen Einladung durch das Reichstagspräsidium⁴⁵. Insofern war der Reichstag auch an der organisatorischen Vorbereitung der Eröffnungsveranstaltung beteiligt. Auch in diesem Detail begegnen uns Elemente des dualistischen Konstitutionalismus, die für die Staatssymbolik des Kaiserreichs insgesamt charakteristisch sind.

4. Schluß

Die Frage nach der Stellung des Reichstags in der politischen Kultur des Kaiserreichs läßt sich anhand der hier dargelegten Beispiele nur vorläufig beantworten. Immerhin erlauben sie es, das eingangs erwähnte skeptische Urteil über die kulturelle Prägekraft des Reichstags abzumildern. Die wichtigste Voraussetzung für die Wirksamkeit des Reichstags lag im demokratischen Wahlrecht. Die Wahlkämpfe trugen nicht nur zur Politisierung der Bevölkerung bei, sondern sie verschafften dem Reichstag eine unbezweifelbare nationaldemokratische Legitimation. Dadurch wurde er in die Lage versetzt, das umfangreiche Gesetzgebungswerk der Reichsgründungszeit mitzuprägen. Beide Faktoren sorgten dafür, daß der Reichstag eine herausragende Stellung auf dem politischen Meinungsmarkt einnahm, die es erlaubt, vom Reichstag als Symbol der politischen Nation zu sprechen. Aber auch im weiten Bereich der politischen Architektur hat es der Reichstag vermocht, eigene Akzente zu setzen. Das provisorische Reichstagsgebäude begünstigte nicht nur einen bürgerlich geprägten Parlamentarismus, es stellte den Reichstag auch in eine bürgerlich-nationalliberale Geschichtsdeutung, die sich von der monarchischen erkennbar unterschied. Die nähere Betrachtung des Rituals der Parlamentseröffnungen hat zudem ergeben, daß es der Krone nicht gelungen ist, diese Zeremonie dauerhaft zur Zelebrierung der höfischen Vormacht zu nutzen. Gleichwohl kann man nicht davon sprechen, daß der Reichstag die politische Kultur der Bismarckzeit insgesamt dominiert habe. Das war unter den Bedingungen des verfassungsrechtlichen Dualismus der konstitutionellen Monarchie auch nicht zu erwarten. Kaiser, Bürokratie und Armee waren eigenständige Faktoren, deren Einfluß auf die nationale Integration und Repräsentation stetig zunahm. Zumindest unter der Herrschaft Wilhelms I. blieb jedoch das in der dualistischen Verfassung angelegte Spannungsverhältnis von Parlament und Krone auch im Bereich der politischen Kultur erhalten.

⁴⁵ Entsprechende Anfragen sind dokumentiert in SPK Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Nr. 131.